# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 17. Mittwoch, 21. Januar 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8gespaltene, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


# Die Parteien zur Regierungserklärung.

## Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung unseres gestrigen Berichts.)

vdz. Berlin, 20. Januar 1925.

### Abg. Graf Westarp (Dnat.)

erklärt sich bereit, den Antrag auf Billigung der Regierungserklärung anzunehmen, um der Regierung es so zu ermöglichen, die Geschäfte des Reiches zu führen. Wir haben den Eintritt von Parteimitgliedern und eines Fraktionsmitgliedes in das Kabinett zugestimmt; leicht ist uns dieser Entschluß nicht gemacht worden. (Lachen links.) Es war nur durch weitestes Entgegenkommen von unserer Seite, durch schwere Opfer unserer Ansprüche möglich. (Erneutes Lachen links.)

Das Ergebnis der neuen Regierungsbildung befriedigt uns nicht vollkommen, es ist ein erster Anfang, ein erster Schritt, ein Versuch, keine endgültige und befriedigende Lösung. (Großes Gelächter links.) Der jetzige Anteil an der Regierungsbildung entspricht nicht der Tatsache, daß wir die weitaus stärkste Rechtspartei sind. (Lärm links.) Es wäre richtig gewesen, wenn die Regierungsparteien das Vertrauen in unzweifelhafter Form ausgesprochen hätten. Wir hätten ein direktes Vertrauensvotum gewünscht im Einklang mit dem Reichskanzler und der Deutschen Volkspartei. Leider hat sich das Zentrum diesen Gedanken versagt. Wenn damit durchaus eine losere Verbindung zum Ausdruck gebracht werden soll, so nehmen wir das gleiche Recht für uns in Anspruch, nicht voll gebunden und verantwortlich zu sein. (Abrufe links.) Politisch legen wir den entscheidenden Wert darauf, daß auch die anderen Parteien ebenso wie wir die Annahme der Billigungsformel in voller Geschlossenheit aussprechen. (Hört, hört!) Ob damit die Sicherheit der Regierungsverhältnisse wirklich gewährleistet ist, wird die Zukunft weisen. Sie wird aufs schwerste gefährdet sein, wenn nicht auch in Preußen der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Führung der Geschäfte aufhört. (Lebhafter Beifall rechts. Stürmische Abrufe der Soz.)

Der Redner erklärt dem Zentrum, daß sein Vertrauen in die Haltbarkeit und Brauchbarkeit dieses Regierungszusammenschlusses im Reiche wesentlich davon abhängig sein werde, ob das Zentrum in Preußen an dem Bündnis mit Braun und Severing festhalten wolle. (Bewegung und lebhafte Unruhe.) Auch sachlich bedeute eine sozialdemokratische Regierungsgewalt in Preußen schwerste Hemmnisse für die von der neuen Regierung beabsichtigte sachliche Arbeit im Reiche. (Großer Lärm links. Beifall rechts.) Nur der Umstand, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen stehe, habe es diesen überhaupt ermöglicht, am Kabinett Luther teilzunehmen. Sie hätten damit eine Pflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllt, das unbedingt eine handlungsfähige Regierung brauche. Kein Politiker zweifle daran, daß nach der Aufdeckung des Korruptionssumpfes eine Neuwahl für die Linke endgültig vernichtend sein würde. (Lebh. Widerspruch b. d. Soz.) Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl werde diese Voraussage bestätigen. Die nationale Bewegung müsse auch in Gesetzgebung und Verwaltung den gebührenden Einfluß erhalten. Die Deutschnationalen würden weiterkämpfen, um zu vollkommeneren und besseren Ergebnissen zu gelangen. Der Inhalt der Regierungserklärung ermögliche den Deutschnationalen die Billigung, obwohl ausgesprochen werden müsse, daß sie manche Konzession an die Linke enthalte, die besser unterblieben wäre.

Begrüßenswert sei der Entschluß, der für die Deutschnationalen maßgebend war, endlich zu sachlicher Arbeit zu kommen. Wenn die Sozialdemokratie die Unabhängigkeit wahre, könne der Reichstag durchaus sachliche Arbeit leisten. Begrüßenswert sei auch das Bekenntnis zur christlichen Grundlage unserer Kultur. (Beifall rechts.) Mit eisernem Besen müßten Sauberkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens wiederhergestellt werden. Zu den Aufgaben des Innenministers gehöre besonders die bessere Beachtung der föderalistischen Rechte der Bundesstaaten und die Befreiung und Förderung der vaterländischen Bewegung. (Lebh. Abrufe links.)

Bei den finanziellen und sozialpolitischen Aufgaben sei Vorsicht am Platze, um nicht erneut die Krise einer Kreditinflation herbeizuführen. Ohne Festigung der ganzen Volkswirtschaft und ohne Beseitigung der Fehlbeträge in der Handels- und Zahlungs- und in der Binnenwirtschaftsbilanz seien gesunde Verhältnisse nicht zu schaffen. Der Redner skizziert dann die Aufgaben des neuen Kabinetts: eine gesunde Agrar- und Mittelstandspolitik, Schaffung einer Steuerreform usw. Zur Regierungserklärung über die Arbeitszeit könne endgültig praktisch noch nicht Stellung genommen werden. Auch zu den übrigen von der Regierung angekündigten Gesetzentwürfen behalte sich seine Fraktion die Stellungnahme vor. Der Redner kritisiert dann die bisherigen Handelsvertragsverhandlungen, in die man mit völliger Planlosigkeit hineingeschlidbert sei. Das Versäumte müsse hier nachgeholt werden. Der Redner fordert, daß der innere Markt nach Bismarck'schem Muster durch Schutz- und Ausgleichszölle gestärkt werde. Die Lasten des Londoner Abkommens bezeichnet der Redner als unerfüllbar und unerträglich. Die Regierung müsse die nötigen Aenderungen des Abkommens durchsetzen.

Die Nichträumung der Kölner Zone sei ein Rückfall in die Sanktionspolitik. Die deutsche Note hätte die Verletzung deutschen Rechts noch klarer und erschöpfender darlegen müssen. Die Entwaffnungsfrage sei für die Alliierten nur ein Vorwand. Der Redner verweist dann auf den neuen Rechtsbruch im Osten und fordert Gegenmaßnahmen der Reichsregierung. Das Handelsprovisorium mit Frankreich werde solange nicht zustande kommen können, als die Franzosen bei ihrer Haltung bleiben. Ein Aufnahmeantrag in den Völkerbund dürfe keine Wiederholung des Schuldbekenntnisses bringen. Für die amtliche Widerrufung der Kriegsschuldlüge würden die Deutschnationalen allen Einfluß einsetzen. Der Redner erklärt sich zu gemeinsamer Arbeit mit den anderen Regierungsparteien bereit, obwohl Regierungsgemeinschaft noch nicht volle Gesinnungsgemeinschaft zu bedeuten brauche. Selbstverständlich müsse die Verfassung anerkannt werden. Selbstverständlich werde keine Aenderung durch Gewalt beabsichtigt. Zu begrüßen sei die Regierungserklärung aber, daß eine Nachprüfung mit dem Ziele der inneren Gesundung erfolgen soll. Dabei müsse besonders das Eigenleben der Länder beachtet werden. Auch auf dem Gebiete der äußeren Politik müsse man an den letzten Grundsätzen und Zielen festhalten.

Das deutsche Recht könne sich nicht durchsetzen, wenn nicht dahinter ein stählerner Wille des ganzen Volkes stehe, der Wille zur Macht des Staates. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm links.) Der Redner fordert eine Erneuerung des Volkes und Abkehr vom Materialismus, christliche Jugenderziehung und christliche Kultur als Grundlage des staatlichen und öffentlichen Lebens, soziale wahre Volksgemeinschaft, Wahrung deutscher Eigenart und deutscher geschichtlicher Ueberlieferung, sowie einen festen nationalen Willen, der darauf gerichtet ist, Nation und Reich von Schmach und Knechtschaft zu befreien. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Loebe ruft den Abg. Graf Westarp nachträglich zur Ordnung, weil er auf einen Zuruf des Abg. Dittmann (Soz.) der sich auf Helfferich bezog, mit einem scharfen Ausdruck erwiderte. Wegen gegenseitiger Zurufe zwischen dem Abg. Graf Westarp und dem Abg. Kuhnt (Soz.) werden beide noch einmal zur Ordnung gerufen.

### Abg. Fehrenbach (Z.)

verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt:

Das Zentrum verfolgte immer das Ziel, alle zu verantwortlicher politischer Aufbauarbeit auf dem Boden der bestehenden Reichsverfassung bereiten Kräfte zu praktischem, politischem Zusammenwirken heranzuziehen. Diesem Ziel diente sein Eintreten für den Gedanken der Volksgemeinschaft und für die große Koalition. Diese Möglichkeiten sind vorerst zunichte geworden. Unter diesen Umständen mußte die Fraktion versuchen, ihre Politik auch im Rahmen einer Minderheitsregierung zu verwirklichen. Das Resultat der letzten Wahl müßte rein sachlich gewertet, auch heute noch für eine Politik der Mitte oder der großen Koalition eine tragbare Mehrheit ergeben, wenn alle diejenigen, die diese Politik bisher unterstützten, daran festgehalten hätten. Im Gefolge der Aufkündigung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei sind aber alle Bemühungen des Reichskanzlers Marx gescheitert. Angesichts der Gefahren einer weiteren Hinauszögerung der Krise hat die Fraktion aus staatspolitischen Erwägungen heraus sich den opfervollen Entschluß abgerungen, unter Vorbehalt aufmerksamster Prüfung der künftigen Politik und unter Ablehnung jeder fraktionellen Gebundenheit in eine personale und beschränkte Beteiligung im neuen Kabinett einzuwilligen. Die im gegenwärtigen Kabinett verwirklichte Notlösung entspricht nicht den grundsätzlichen und tatsächlichen Anforderungen, die an eine auf Dauer berechnete Regierung gestellt werden müssen.

Die Fraktion tritt in diese neue Regierungsperiode ein mit ernster Sorge für die weitere Gestaltung der Geschicke Deutschlands, besonders angesichts der ernsten außenpolitischen Lage. Der Amtsantritt der neuen Regierung wird besonders im besetzten Gebiet mit wachsamer Sorge betrachtet. Die Bevölkerung erwartet, daß man ihr vermeidbare Kämpfe erspart. Die Fraktion erwartet, daß der neue Reichskanzler den bisherigen außenpolitischen Kurs bejaht, und daß die realpolitische Einsicht des neuen Kanzlers sich durch keine Kräftegruppe seines Kabinettes nach einer Richtung abdrängen lassen wird, in der wir ihm sachlich nicht mehr zu folgen vermöchten. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch auf unsere Voraussetzungen verfassungsrechtlicher, wirtschafts- und staatspolitischer sowie kulturpolitischer Art. Dem Christentum muß als überragender Kulturmacht der gebührende Einfluß eingeräumt werden. Unbedingt erforderlich ist die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes und die Aufrechterhaltung des Bekenntnisschulwesens. Die Fraktion wird die Regierung nach ihren Taten beurteilen. (Beifall i. Z.)

### Abg. Dr. Scholz (DVP.)

begrüßt das Zustandekommen der neuen Regierung.

Es mußte endlich mal eine verantwortliche Regierung zustande kommen, die über eine Mehrheit verfügt. (Widerspruch links.) Auch die Volkspartei betrachte das jetzige Kabinett als eine Etappe. Auch sie werde zunächst die Taten der Regierung abwarten. (Lachen links.) Das bedeute kein Mißtrauen. Die Volkspartei könne der Regierungserklärung in fast allen Punkten rückhaltlos zustimmen und habe zu den Ministern das volle Vertrauen, daß sie ihre Versprechen erfüllen werden. Es dürfe nicht Gepflogenheit des Reichstags werden, einzelne Regierungsmitglieder, die ein ehrenwertes Beamtenleben hinter sich haben, hier mit Mißtrauen und lebhafter Gehässigkeit zu empfangen, wie das Breitscheid getan habe. Die Deutsche Volkspartei werde auf dem für richtig erkannten Wege bleiben. Der Redner erhebt Einspruch gegen die weitere Besetzung Kölns. Er fordert dann eine Hinaufsetzung des wahlfähigen Alters, Hebung der Produktion, Beschränkung der Einfuhr und Vermehrung der Ausfuhr, Wiederaufnahme des Zinsendienstes der öffentlichen Anleihen, Erhöhung der Aufwertungsprozente, unter Ausschluß der Inflations- und Aufwertungsgewinnler. Von der Regierung erwarte man eine gesunde nationale Realpolitik. Der Redner wendet sich gegen das so oft mißbrauchte Wort vom Bürgerblock und erklärt: Wir kennen keinen Gegensatz zwischen Bürgerschaft und Arbeitertum, wir kennen nur Deutsche. (Lebh. Beifall.)

### Abg. Frau Golke (Komm.)

bezeichnet die heutige Rede des Grafen Westarp als offenes Bekenntnis zur Monarchie, während Luther seine wahren Ziele verschleiert habe. Die Rednerin wirft den Sozialdemokraten vor, sie seien die Ursache dieser jetzigen Regierung, und Herr Breitscheid mit seiner langen Gestalt werde jederzeit bereit sein, dem Reichskanzler Luther als Balancierstange zu dienen. (Heiterkeit.) An den Sozialdemokraten werde das Kabinett willige Helfershelfer finden, wenn es gelte, die Arbeiter niederzuknüppeln. Als die Rednerin von einer deutschen Zuchthausrepublik spricht, wird sie zur Ordnung gerufen.

Darauf vertagt das Haus die weitere politische Aussprache auf Mittwoch.

Der Gesetzentwurf über das Reichsschiedsamt wird noch angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch, 2 Uhr: Fortsetzung der politischen Debatte.

Schluß 5¼ Uhr.

*

### Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete

hielt gestern seine erste Sitzung ab, in der der Vorsitzende, Abg. Dr. Bayersdörfer (Bayr. Vp.) zunächst namens des Ausschusses sich dem Protest der Vertreter des Rheinlandes anschloß, und zum Ausdruck brachte, die deutsche Regierung möge alles tun, um dem besetzten Gebiet die innere und äußere Freiheit wiederzugeben.

Staatssekretär **Schmid** vom Ministerium für die besetzten Gebiete gab einen Ueberblick über die Pariser Verhandlungen zur Anrechnung der Besatzungsleistungen auf die Annuitäten, über die bisher nur in einzelnen Punkten ein vorläufiges Uebereinkommen erreicht sei, die Hauptfragen seien sämtlich noch unentschieden. Hier handle es sich insbesondere um die Frage der Bewertung der Grundstücke des Reiches und der Länder, wobei auch die Frage der Hauszinssteuer Beachtung verdiene. Ebenso sind noch nicht zur Erörterung gelangt die Leistungen für Transporte durch die deutsche Reichsbahn, die Leistungen der Post, Lieferung von Einrichtungsgegenständen, Neubauten und Ausgaben für vorübergehende Besetzungen.

Abg. v. **Guérard** (Ztr.) führte Klage über die seit dem Londoner Abkommen erfolgte sehr niedrige Bewertung der Sachleistungen an Wohnungen usw. — Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die diesbezügliche Haltung der Besatzungsbehörden nicht ganz verständlich sei, daß aber die Entschädigungen wie bisher auf Grund des Okkupationsleistungsgesetzes weiter erfolgten.

Auf eine weitere Anfrage erklärte Staatssekretär Schmid, daß eine Differenzierung der Ausgewiesenen nach politischen Gesichtspunkten nicht stattfinde.

Ueber die **Heimkehr der Ausgewiesenen** berichtete Ministerialdirektor Dilthay, daß die Rückkehr bisher noch bei elf Ausgewiesenen im altbesetzten und vier Ausgewiesenen im neubesetzten Gebiet verweigert werde. In Uebergangsbetreuung befänden sich noch 11 000 Personen. Besondere Schwierigkeiten bereite die Wohnungsfrage. — Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

*

### Der Gesetzentwurf über das Reichsschiedsamt.

In seiner gestrigen Sitzung beschäftigte sich der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten zunächst mit einem **Gesetzentwurf über das Reichsschiedsamt.** Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium machte zur Begründung geltend, daß zur **Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Aerzten und Krankenkassen** die Zuständigkeit des Reichsschiedsamtes sich nach den Erfahrungen des letzten Jahres als zu eng erwiesen habe. Um die Gefahr einer Rechtsunsicherheit abzuwenden und um die Rechtseinheit zu fördern sollen daher die bestehenden Vorschriften über die Zusammensetzung des Reichsschiedsamtes zugunsten des Selbstverwaltungsrechtes geändert werden.

Nach kurzer Aussprache nahm der Ausschuß den Gesetzentwurf in der Regierungsfassung an.

SLUB Wir führen Wissen.